

AUSGABE 1-2026
INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER
UND POLITIK

Notizen



**ERGEBNIS-
BETRACHTUNG
TV-L**

SEITE 06 ff.

**HR-NORD
BLEIBT
HOCHSCHULE**

SEITE 09

**SCHEITERT JETZT
DER PAKT FÜR DEN
RECHTSSTAAT 2.0?**

SEITE 4 ff.

**TERMINE UND
INFORMATIONEN
AUS DEN LÄNDERN**

SEITE 16 ff.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.

Exklusiv für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an
baufinanzierung@bbbank.de

¹ Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind. Änderungen, Anpassungen oder die Einstellung des Angebots bleiben vorbehalten.

Themen

- Vorwort Bundesleitung 03
- Scheitert jetzt der Pakt für den Rechtsstaat? 04
- TV-L Tarifverhandlungen: Ergebnisbetrachtung 06
- HR-Nord bleibt Hochschule 09
- dbb Jahrestagung Köln 10
- dbb bundesfrauenkongress Berlin / dbb bundesfrauenvertretung 11
- Tagung des Bundeshauptvorstands in Königslutter 12
- Fachbereich Menschen mit Behinderung: Austausch in Königslutter 14
- Landesverband Brandenburg 16
- Landesgewerkschaft Niedersachsen 17
- Landesverband Nordrhein-Westfalen 18
- Landesverband Saarland 19
- Terminübersicht 2026 20

VORWORT



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Justiz steht Anfang 2026 an einem Punkt zwischen wachsendem Vertrauensverlust in den Staat, übertollen Aktenregalen, hohem Erwartungsdruck aus der Gesellschaft und gleichzeitig ausgebremsten Investitionen in Personal und Digitalisierung. Was vielerorts als abstrakte Debatte über Haushalte und Pakte verhandelt wird, erleben Sie täglich ganz konkret: zu wenig Kolleginnen und Kollegen, lange Verfahrensdauern, aggressiver werdende Betroffene und der ständige Spagat zwischen fachlichem Anspruch und struktureller Überforderung.

Besonders deutlich zeigt sich dies am stockenden Pakt für den Rechtsstaat 2.0: Wenn mehrere Länder Blockadepolitik betreiben und Milliardenmittel für zusätzliche Stellen und für eine moderne, digitale Justizcloud auf der Kippe stehen, ist das mehr als ein finanztechnischer Streit. Es ist ein Angriff auf das Rückgrat der Justiz – auf die Menschen in den Geschäftsstellen, Grundbuch- und Nachlassabteilungen, Serviceeinheiten und Wachtmeistereien, ohne die kein Urteil geschrieben, kein Grundbuch geführt und kein Erbschein erteilt wird. Dass in manchen Ländern nur dank der Aussicht auf Pakt-Mittel Stellensperrungen vorerst verhindert werden konnten, zeigt, wie zerbrechlich die Funktionsfähigkeit unserer Justiz geworden ist.

Gleichzeitig hat die Einkommensrunde 2025/2026 im TV-L eindrucksvoll gezeigt, welche Kraft in dieser Justiz steckt, wenn Sie gemeinsam aufstehen. Aktive Mittagspausen, regionale Aktionstage, der bundesweite Warnstreik am 10. Februar 2026 – all das war kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung dafür, dass die Angriffe auf den Arbeitsvorgang und die Eingruppierung der EG 9a abgewehrt werden konnten. Der nun erreichte Abschluss ist ein harter, aber verantwortbarer Kompromiss: Entgelterhöhungen,

bessere Perspektiven für Auszubildende und vor allem der Schutz einer zentralen gewerkschaftlichen Errungenschaft – erkämpft durch Ihren/Euren Rückhalt und Ihre Sichtbarkeit auf der Straße.

Diese Ausgabe der DJG Notizen zeigt zugleich, wie breit Ihr Engagement wirkt: vom Erhalt der HR-Nord als Hochschule über den engagierten Austausch der Schwerbehindertenvertretungen bis hin zu Best-Practice-Projekten für Vereinbarkeit von Beruf und Pflege und zur Nachwuchsgewinnung in den Landesverbänden. Ob Klausurtagungen, Gespräche mit Politik oder Fachbereichsarbeit – überall wird deutlich, dass die Menschen in der Justiz nicht nur Verwalter, sondern Gestalter eines lebendigen Rechtsstaats sind.

Als Bundesleitung verstehen wir diese Notizen auch als Spiegel der Realität: Sie dokumentieren nicht nur Probleme, sondern vor allem Lösungswege, Ideen und Solidarität. In den kommenden Monaten wird es entscheidend sein, dass wir gemeinsam laut bleiben – für einen Pakt für den Rechtsstaat, der seinen Namen verdient, für eine zeit- und wirkungsgleiche 1:1-Übertragung des Tarifiergebnisses auf Beamtinnen und Beamte und für eine Justiz, die sich nicht länger von Krise zu Krise verwaltet, sondern zukunftsfähig wird.

Dafür sagen wir Euch und Ihnen Danke: für den unermüdlichen Einsatz unter schwierigen Rahmenbedingungen, für den Mut, Missstände zu benennen, und für das Vertrauen in unsere gemeinsame Gewerkschaft. Euch und Ihnen, Euren und Ihren Familien und allen, die Euch und Ihnen nahestehen, wünschen wir Kraft, Gesundheit und den festen Rückenwind der Gewissheit: Wir sind nicht allein – die DJG steht an Eurer/Ihrer Seite, in den Häusern vor Ort genauso wie in der politischen Öffentlichkeit.

Mit kollegialen Grüßen
Beatrix Schulze und Klaus Plattes

SCHEITERT JETZT DER PAKT FÜR DEN RECHTSSTAAT 2.0?

Der dringend erforderliche Pakt für den Rechtsstaat 2.0 steht auf der Kippe –

und mit ihm die Glaubwürdigkeit eines Staates, der seinen Bürgerinnen und Bürgern längst zu oft nur noch Warteschleifen, Papierstapel und verschobene Termine bietet. Während einige Länder taktierten und blockierten, hat die Deutsche Justiz-Gewerkschaft mit ihrer jüngsten Pressemeldung ein unmissverständliches Signal ausgesendet: Hier geht es nicht um Haushaltskosmetik, sondern um die Frage, ob der Rechtsstaat handlungsfähig bleibt – oder weiter ausblutet.

Alarmruf der DJG

Die DJG beschreibt den drohenden Kollaps des Pakts für den Rechtsstaat 2.0 als das, was er ist: ein Angriff auf das Rückgrat der Justiz und auf die Menschen, die sie Tag für Tag am Laufen halten. Gemeint sind nicht nur Richterinnen und Richter, sondern vor allem die Kolleginnen und Kollegen in der Laufbahngruppe 1.2 – die Geschäftsstellen, Grundbuch- und Nachlassabteilungen, die Urkundsbeamten, die Justizbeschäftigten, ohne die kein Beschluss geschrieben, kein Grundbuch geführt, kein Erbschein erteilt wird.

Baden-Württemberg, Bayern und Hessen ...

blockieren eine Einigung, weil sie Geld fast ausschließlich in Richter- und Staatsanwaltsstellen lenken wollen – als wäre die Justiz ein Schaufenster aus Roben ohne die Menschen dahinter, die Akten führen, Fristen überwachen und Entscheidungen umsetzen.

Diese Haltung ist nicht nur fachlich falsch, sie ist politisch zynisch: Sie ignoriert, dass die Justiz in der Fläche bereits heute an einer Überlastung leidet, die Bürgerinnen und Bürger konkret trifft – beim Hauskauf, bei der Unternehmensnachfolge, im Erbfall.

Mehr als Zahlen: 210 Millionen und tausende Schicksale

Auf dem Spiel stehen 450 Millionen Euro, davon 210 Millionen nur für die Digitalisierung der Justiz – für eine souveräne Justizcloud, digitale Aktenführung, moderne Portale, die Verfahren beschleunigen und Transparenz schaffen. Werden diese Mittel nicht freigegeben, droht eine gesplante Justizlandschaft: wohlhabende Länder, die bei KI-Anwendungen vorpreschen, und andere, die weiter mit Papierakten und übervollen Fluren kämpfen.

Die Pressemeldung der DJG zeigt am Beispiel Nordrhein-Westfalen, wie konkret die Gefahr ist: Neben dem intensiven Engagement des Landesverbands der DJG und mit vielen Unterstützern einer Onlineprotestaktion konnte nur die Aussicht auf Pakt-Mittel verhindern, dass im Haushalt 2026 Stellen in der Justiz gesperrt werden – trotz mehr als 240.000 offenen Verfahren, über 100 Überlastungsanzeigen, steigenden Krankenständen und hoher Fluktuation. Ein Scheitern des Pakts bedeutet in vielen Ländern Einstellungsstopp, Stellensperrungen und verschleppte Digitalisierungsprojekte – also die planmäßige Fortsetzung eines Zustands, den Beschäftigte längst als strukturelle Überforderung erleben.

Vertrauenskrise: Wenn der Staat nicht mehr liefert

Die DJG knüpft mit ihrer Pressemeldung bewusst an eine breitere gesellschaftliche Entwicklung an: Der dbb zeigt, dass nur noch 23 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Dienst für handlungsfähig halten; das Vertrauen ist seit 2020 dramatisch eingebrochen. Drei Viertel der Bevölkerung sehen Staat und Behörden als überfordert – eine Diagnose, die sich im Justizalltag mit jeder Verzögerung, jedem verschleppten Verfahren, jeder nicht besetzten Stelle bestätigt.

Besonders deutlich wird die Krise im vermeintlich „stillen Kern“ der Justiz: den Grundbuch- und Nachlassabteilungen. Dort führen Wartezeiten von drei bis zwölf Monaten auf Erbscheine oder Nachlassentscheidungen dazu, dass Konten gesperrt bleiben, Immobilienverkäufe scheitern, Unternehmen in Nachfolgefragen handlungsunfähig werden – mit existenziellen Folgen für Familien, Betriebe und Erbgemeinschaften. Diese Nöte sind keine Randnotizen, sondern das tägliche Erleben eines Staates, der seine Versprechen nicht mehr einhalten kann.

Politische Ausflüchte und klare Kante der DJG

Dass ausgerechnet der hessische Ministerpräsident öffentlich erklärt, man könne sich „Pakte mit dem Bund“ nicht mehr leisten, illustriert die Entkopplung mancher politischer Debatten von der Realität an den Gerichten. Während in Interviews über finanzielle Langfristbelastungen gesprochen wird, kämpfen in den Geschäftsstellen Kolleginnen und Kollegen mit krankheitsbedingten Ausfällen, Überstundenbergen und einem stetig aggressiver werdenden Gegenüber am Schalter, das seine Ohnmacht am Staat abreagiert.

Die DJG setzt dieser Ausfluchtpolitik eine unzweideutige Haltung entgegen: Die Blockade einzelner Länder ist unverantwortlich und gefährdet die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats selbst. Wer den Pakt scheitern lässt, akzeptiert sehenden Auges, dass Überlastung, Verfahrensstaus und Vertrauensverlust weiter eskalieren – und damit auch die Gewalt- und Respektlosigkeitswelle gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

DJG lässt nicht locker

In dieser Situation formuliert die DJG ihre Forderungen mit größtmöglicher Klarheit: Der Pakt für den Rechtsstaat 2.0 muss unverzüglich beschlossen werden, und zwar für alle Beschäftigten – von der Laufbahngruppe 1.2, dem ehemaligen mittleren Dienst, über Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger bis zu Richterinnen und Richtern. Die 210 Millionen Euro für Digitalisierung dürfen nicht im Bundeshaushalt verpuffen, sondern müssen in funktionierende Strukturen, in Justizcloud, Justizportal und digitale Akten fließen, damit Gerichte im 21. Jahrhundert endlich so arbeiten können, wie Bürgerinnen und Bürger es zurecht erwarten.

Gleichzeitig fordert die DJG Stellenaufbau statt Stellensperrungen sowie eine ehrliche politische Aufmerksamkeit für die Grundbuch- und Nachlassabteilungen, in denen die Krise des Rechtsstaats für die Menschen im Land unmittelbar spürbar wird. Die Botschaft ist unmissverständlich: Dies ist kein technischer Streit um Finanzierungsinstrumente, sondern ein Kampf um Würde, Sicherheit und gerechte Verfahren für Millionen.

Die DJG wird in ihren politischen Gesprächen nicht nachgeben und nicht leiser werden, solange der Pakt für den Rechtsstaat 2.0 blockiert wird und die Kolleginnen und Kollegen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften die Folgen dieser Blockade ausbaden müssen. Wo andere nach Kompromissformeln suchen, hält die Gewerkschaft an einer einfachen Wahrheit fest: Ein Rechtsstaat, der seine Justiz im Regen stehen lässt, verliert seine Bürger – und mit ihnen seine Legitimation.

Die Pressemeldung der Deutschen Justiz-Gewerkschaft zum Pakt für den Rechtsstaat 2.0 wurde im März über den bundesweiten Presseverteiler verbreitet und online veröffentlicht.

Der Link zur Pressemeldung:
www.3x7.de/djg_presseinfo_260319





TV-L Tarifverhandlungen: Ergebnisbetrachtung

Die Einkommensrunde 2025/26 im TV-L war für die Deutsche Justiz-Gewerkschaft mehr als nur ein Ringen um Prozente – sie war ein Kampf um den Arbeitsvorgang als zentrale gewerkschaftliche Errungenschaft.

Drei Runden – viel Druck von der Straße

Seit Anfang Dezember 2025 wurde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) verhandelt, flankiert von aktiven Mittagspausen, regionalen Aktionstagen und ersten Warnstreiks in vielen Bundesländern.

Nach einer ersten Runde ohne Angebot und einer zweiten Runde mit einem aus Sicht der Gewerkschaften völlig unzureichenden „Einigungskorridor“ der TdL, wurde vor Beginn der dritten Verhandlungsrunde Mitte Februar der Druck massiv erhöht: Bundesweit legten Kolleginnen und Kollegen in Justiz, Verwaltungen, Hochschulen und Kliniken die Arbeit nieder.

10. Februar 2026: Warnstreik als Wendepunkt

Der zentrale bundesweite Warnstreik am 10. Februar 2026 war das sichtbare Signal: Die Beschäftigten der Länder lassen sich nicht mit warmen Worten und Inflationsausgleich abspeisen.

Zehntausende, darunter viele Justizbeschäftigte, gingen auf die Straße – in Düsseldorf, Hamburg, Saarbrücken, Potsdam und vielen anderen Städten – und machten deutlich, dass sie hinter den Forderungen von dbb und Fachgewerkschaften stehen.

Angriff auf den Arbeitsvorgang – rote Linie auch für die DJG

In die Auseinandersetzung rückte für dbb und DJG eine Debatte in den Fokus – ein erneut vorgetragener Angriff der TdL auf den Arbeitsvorgang und die Eingruppierung in die EG 9a. Wäre die TdL mit ihren Plänen durchgedrungen, wären viele Beschäftigte in Serviceeinheiten und Geschäftsstellen – gerade in der Justiz – Gefahr gelaufen, entweder Einkommenseinbußen und Rückstufungen bis in die EG 6 oder EG 8 hinnehmen zu müssen oder zumindest wieder dafür zu streiten, und das mit Folgen bis in die Rente.

Die DJG hat über Jahre hinweg mit dem dbb und anderen Fachgewerkschaften um diese Strukturverbesserung gekämpft – sie jetzt kampfflos preiszugeben, kam für die Bundesleitung nicht in Frage. Genau deshalb war klar: Ohne Sicherung des Arbeitsvorgangs gibt es keinen Abschluss – diese rote Linie wurde in allen drei Verhandlungsrunden unmissverständlich gezogen.

Der Abschluss: Schutz des Arbeitsvorgangs – Preis bei Prozents und Laufzeit. Das erzielte Ergebnis sieht im Kern vor:

Entgelterhöhungen von 2,8% (mindestens 100 Euro) ab 1.4.2026, 2,0% ab 1.3.2027 und 1,0% ab 1.1.2028; für Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen/Praktikanten jeweils feste Euro-Beträge von 60/60/30 Euro. Laufzeit von 27 Monaten.

Deutliche Pluspunkte gab es für den Nachwuchs: Übernahmeregung nach bestandener Prüfung (ab „befriedigend“) und 500 Euro Abschlussprämie bei den Noten „sehr gut/gut“ sowie insgesamt 150 Euro mehr Ausbildungsentgelt bis Ende 2028.

Vor allem aber: Die Eingruppierung der EG 9a bleibt unverändert – der Angriff auf den Arbeitsvorgang wurde abgewehrt.

Der Preis dafür ist offen zu benennen: Keine stufengleiche Höhergruppierung im neuen TV-L, eine längere Laufzeit und ein Entgeltpaket, das in Summe moderat bleibt, auch wenn es sich in der Wertigkeit eng am TVöD-Abschluss 2025 orientiert.

Aus Sicht des DJG-Bundesverbands ist das Ergebnis daher ein harter, aber verantwortbarer Kompromiss: Struktureller Rückschritt verhindert, Nachwuchs gestärkt, Anschluss an Bund und Kommunen gesichert – aber nicht jeder Wunsch nach höheren Prozentsätzen konnte erfüllt werden.

Gewerkschaftliche Bilanz: Arbeitsvorgang gesichert – der Kampf geht weiter

Für die DJG ist klar: Die Sicherung des Arbeitsvorgangs ist ein bundespolitisches Signal weit über einzelne Ländergrenzen hinaus – sie schützt tausende Kolleginnen und Kollegen in der Justiz in allen Ländern vor Abwertung ihrer Arbeit.

Der Arbeitsvorgang umfasst alle zusammengehörenden Aufgaben, die zu einem bestimmten Arbeitsergebnis führen, wobei das Gesamtergebnis und nicht einzelne Schritte maßgeblich für die Eingruppierung sind. Entscheidend ist, welcher Anteil des Arbeitsvorgangs die Tätigkeit prägt, insbesondere ob mindestens 50 Prozent anspruchsvolle Anforderungen enthalten. Wollte man nur den kleineren, schwierigeren Teil isoliert betrachten, würde dies dem Verständnis des Arbeitsvorgangs widersprechen. Die TdL wollte dieses Instrument nutzen, um umfangreiche Herabgruppierungen durchzusetzen, ist damit aber vor Gericht gescheitert. Im Zuge der Verhandlungen sollten die Gewerkschaften einer Änderung der Protokollerklärung zu § 12 TV-L zustimmen, was der TdL breite Möglichkeiten zur Abwertung vieler Tätigkeiten eröffnet hätte. Dies hätte für zahlreiche Beschäftigte Einkommenseinbußen bedeutet und den TV-L im Wettbewerb um Fachkräfte gegenüber dem TVöD deutlich geschwächt.

Die Einkommensrunde 2025/26 zeigt zugleich: Ohne aktiven Rückhalt in den Häusern, ohne aktive Mittagspausen, Aktionstage und den zentralen Warnstreik wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen – der Druck von der Basis war das Rückgrat der Verhandlungen.

Ausblick: 1:1-Übertragung auf die Besoldung – Streit um das Tempo

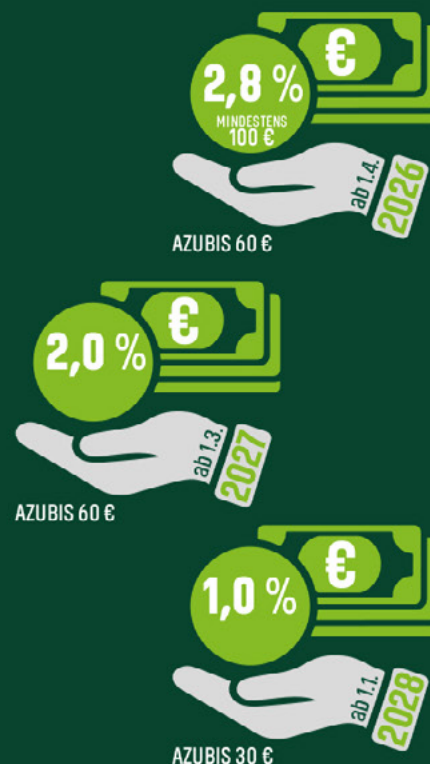
Mit dem TV-L-Abschluss ist die Arbeit für die DJG noch nicht beendet: Jetzt geht es um die 1:1-Übertragung auf Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten.

Während in einzelnen Ländern – wie etwa in Nordrhein-Westfalen – Ministerpräsidenten öffentlich eine zügige Übernahme zugesagt haben, wird in anderen Ländern bereits über Verzögerungen, gestreckte Anpassungen oder abweichende Zeitpunkte diskutiert.

Für den DJG-Bundesverband ist die Linie eindeutig: Was für Tarifbeschäftigte erkämpft wurde, muss in allen Ländern zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden – ohne Tricks, ohne Zeitverzug, ohne Spaltung zwischen den Statusgruppen. Die Tarifrunde 2025/26 hat gezeigt, was möglich ist, wenn die Justizbeschäftigten geschlossen auftreten – genau diese Kraft wird jetzt in der Besoldungsdebatte wieder gebraucht.

Karen Altmann
Stv. Bundesvorsitzende DJG
Mitglied der Verhandlungskommission

ERGEBNIS TV-L



- > ÜBERNAHMEREGLUNG FÜR AZUBIS WIEDER IN KRAFT UND
- > 500 € ABSCHLUSS-PRÄMIE (BEI NOTEN SEHR GUT / GUT)
- > KEINE ÄNDERUNG BEIM ARBEITSVORGANG (EG 9A)
- > OST-WEST-ANGLEICH BEIM KÜNDIGUNGSSCHUTZ
- > STADT-STAAATEN-ZULAGE FÜR HAMBURG





Bundestarifkommission in Potsdam

Foto: (c) Windmüller



Bundestarifkommission in Potsdam

Foto: (c) Windmüller



DBB Frauen 10.02. in Düsseldorf



Landesverband Baden-Württemberg



Landesverband Berlin



Landesverband Berlin



Landesverband Brandenburg



Landesverband Brandenburg



Landesverband Hamburg



Landesverband Nordrhein-Westfalen



Landesverband Nordrhein-Westfalen



Landesgewerkschaft Niedersachsen



Landesverband Rheinland-Pfalz



Landesverband Saarland



Landesverband Sachsen-Anhalt

Vor einem Jahr ging das Justizministerium Niedersachsen (MJ) mit Eckpunkten zur Umstrukturierung der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege (HR-Nord) in eine Justizakademie an die Öffentlichkeit. An der HR-Nord studieren zukünftige Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Anlass waren im Vergleich zu früheren Jahren hohe Abbrecher- und Durchfallquoten. Das Papier benannte in erster Linie Selbstverwaltungsstrukturen nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) als Ursache der Probleme und zeigte sich überzeugt, dem mit einer Umwandlung in eine Akademie begegnen zu können.

Auf den massiven Widerstand, der dem MJ aus dem gesamten Geschäftsbereich, den beteiligten Bundesländern und der Hochschule selbst, dem Studierendenparlament, Personalvertretungen und den Verbänden entgegenschlug, war man nicht gefasst. Dennoch lud das Ministerium recht schnell zu einer Besprechung ein, um Kritik am gegenwärtigen Studium zusammenzutragen und in Arbeitsgruppen, getrennt nach den Sachgebieten Verwaltung und Lehre, Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ziel war auszuloten, ob es gelingen kann, auch ohne Strukturveränderungen das Studium zu verbessern.

Im Verlaufe eines halben Jahres fanden dazu insgesamt acht Sitzungen statt, an denen neben Bianca Korbanek als HPR-Mitglied, Thomas und Bettina Kratzberg sowie vertretungshalber David Fränzke für die DJG – Fachbereich Rechtspfleger – teilgenommen haben. Das Ergebnis wurde am 08.12.2025 vorgestellt und in nachstehenden „Big Points“ zusammengefasst:

- Vorstellung der Lehrtätigkeit durch Flyer und Link zur HR-Nord-Webseite
- Anpassung Auswahlverfahren und regelmäßiger Erfahrungsaustausch zu den Anforderungen an Bewerbende
- Ggf. Gewinnung von Rechtspflegern/innen für eine Professur durch Definition der Anforderungen gem. § 25 NHG (Berufungsvoraussetzungen)

- Lehrkräftegewinnung und Verbesserung der Unterrichtsqualität durch Didaktik-Schulungen
- Steigerung des Bekanntheitsgrads des Studiums durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit
- Hilfestellung für Studierende durch Ausweitung des Programms „Study smart“ (geeignete Studierende erhalten unterstützende Lehraufträge für jüngere Semester und dafür idealerweise eine Vergütung)
- Verbesserung der Skills im Umgang mit juristischen Texten durch einen Zusatzkurs „Gutachtenstil“ an der HR-Nord
- Chancengleichheit durch zentrale Bereitstellung von Unterrichtsmaterial und Grundfallsammlungen (Ilias)
- Verbesserung der Unterrichtsqualität durch kollegiale Intervention und Evaluation neuer Lehrkräfte
- „Controlling“ durch standardisierte Befragung nach dem Grundstudium
- Unterstützung der Studierenden durch Online-Fragestunden mit Impuls-Vortrag in der BPS I

Einhellige Auffassung der Teilnehmenden war, dass die Umsetzung dieser Punkte eine substanzielle Verbesserung des Studiums und Verringerung der Durchfallquote erwarten lasse und die angedachte Umstrukturierung nicht notwendig sei. Einig war man sich allerdings auch, dass ein solcher Austausch schon früher geboten gewesen wäre und in etwa halbjährlichen Abständen fortgesetzt werden soll.

Letztlich hat das Vorpreschen des Justizministeriums den Anstoß zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Kritik am Studium gegeben. Gut sechs Wochen nach dem letzten Treffen hat die Ministerin nun über Instagram veröffentlicht, dass die HR Nord Hochschule bleibt.

Ein schöner Erfolg, über den wir uns gemeinsam mit allen Beteiligten freuen. Zugleich werden wir die Umsetzung der Maßnahmen beobachten.

Bianca Korbanek
DJG Niedersachsen



dbb beamtenbund und tarifunion

dbb-JAHRESTAGUNG KÖLN



Für die DJG waren auf der Jahrestagung 2026 (v.l.n.r. im Bild) die stellvertretende Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Bundestarifkommission Karen Altmann, die Bundesvorsitzende Beatrix Schulze, unsere Vorsitzende des Fachbereichs Senioren und Pensionäre Sabine Wenzel sowie die Bundesfrauenbeauftragte Bianca Korbanek vertreten.

Vom 11. – 13. Januar 2026 fand die 67. Jahrestagung des dbb in Köln statt. Unter dem Motto „Starker Staat - krisenfest und bürgernah“ sprachen dbb Bundesvorsitzender Volker Geyer, Oberbürgermeister der Stadt Köln Torsten Burmester, Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt, Ministerpräsident des Landes NRW Hendrik Wüst sowie der Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung Dr. Karsten Wildberger. In ihren Ansprachen, als auch in der anschließenden Diskussionsrunde wurde deutlich, Staatsmodernisierung, Digitalisierung und eine auskömmliche personelle Ausstattung sind das Fundament eines starken und handlungsfähigen Staates.

Hendrik Wüst hat es auf den Punkt gebracht: „Aller Anfang ist jetzt.“ Es liegt an der Politik und uns, gemeinsam einen modernen, digitalen, starken und krisenfesten Staat zu schaffen. Nur so sind wir handlungsfähig, können unsere Demokratie erhalten und das Vertrauen der Bürger in einen handlungsfähigen Staat zurückgewinnen.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman hat in seiner beeindruckenden Rede am zweiten Tag der dbb Jahrestagung deutlich gemacht, wie gefährdet unsere Demokratie und unser Rechtsstaat ist.

Alle Infos zur dbb Jahrestagung 2026:
www.dbb.de/veranstaltungen/dbb-jahrestagung/dbb-jahrestagung-2026.html

Seite 10

..... ANZEIGE

Debeka

Das Füreinander zählt.

Kostenentwicklung im Gesundheitswesen

Die Ausgaben für medizinische Versorgung in Deutschland steigen seit Jahren kontinuierlich an. „Gesundheitskosten kennen keinen Jahreswechsel“, stellt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka, fest. „Auch wenn die allgemeine Teuerung nachlässt, steigen die Ausgaben für Behandlungen, Medikamente und Pflege ungebremst.“ Laut Brahm überschreitet der monatliche Höchstbeitrag in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung mittlerweile die Marke von 1.200 Euro – eine spürbare Belastung für viele Bürgerinnen und Bürger. Ende offen.

Ursachen der Kostensteigerung

Brahm erläutert: „Die sogenannte medizinische Inflation entsteht durch steigende Löhne, neue Vorgaben und vor allem durch immer bessere, aber auch teurere Therapien.“ Besonders sichtbar sei dies in den Kliniken: Der Bundesbasisfallwert für Krankenhausleistungen sei in den vergangenen fünf Jahren jährlich um bis zu fünf Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Pflegeentgeltwert von 163 Euro pro Tag (2022) auf mittlerweile 250 Euro – eine Steigerung um mehr als 50 Prozent innerhalb von nur drei Jahren.

Auch die Preise für medizinische Eingriffe steigen: Beispielsweise im Raum Koblenz verdoppelten sich etwa die Kosten für eine Blinddarmoperation binnen fünf Jahren von 3.469 auf 6.943 Euro. Die Unterbringung im Einbettzimmer koste inzwischen bis zu 250 Euro am Tag, in Privatkliniken sogar bis zu 350 Euro.

Noch dynamischer verläuft laut Brahm die Preisentwicklung bei Arzneimitteln: „Der Gürtelrose-Impfstoff Shingrix hat sich seit 2020 um rund 140 Prozent verteuert. Neue Präparate für Autoimmunerkrankungen und Diabetes treiben die Kosten weiter – etwa wächst der Monatspreis für manche Medikamente von 7.500 auf über 70.000 Euro.“

Gesamtentwicklung und internationale Position

Die Gesamtausgaben im Gesundheitswesen nähern sich laut Statistischem Bundesamt der Marke von 500 Milliarden Euro und liegen damit rund 20 Prozent über dem Niveau vor der Corona-Pandemie. Gleichzeitig profitieren Patientinnen und Patienten in Deutschland von außergewöhnlich kurzen Zugangszeiten zu Innovationen: „Bei neuen Krebsmedikamenten vergehen durchschnittlich nur 82 Tage zwischen EU-Zulassung und Verfügbarkeit, während Patienten in anderen europäischen Ländern im Schnitt rund 445 Tage warten müssen. Das rettet Leben, treibt aber die Kosten weiter an“, so Brahm.

Demografie und Zukunft

Eine alternde Bevölkerung verschärfe den Trend weiter, betont der Debeka-CEO: „Mehr chronische Erkrankungen bedeuten mehr langwierige und intensive Therapien – und damit weitere Kostensteigerungen. Die medizinische Inflation lässt sich nicht stoppen, wohl aber steuern.“

Jede Investition in Prävention koste laut Brahm „nur einen Bruchteil dessen, was spätere Behandlungen verschlingen“. Digitale Lösungen könnten Doppeluntersuchungen vermeiden, und eine transparente Bewertung des Nutzens neuer Therapien die Preisentwicklung dämpfen, ohne Innovationen auszubremsen. „Eine stärkere Eigenvorsorge verteilt die Lasten fairer über die Generationen“, so Brahm.

Ausblick

Debeka-Chef Brahm schließt: „Unser Gesundheitssystem wird zurecht beneidet – doch diese Qualität hat ihren Preis, und er steigt weiter. Wer die Kosten in den Griff bekommen will, muss Effizienzreserven heben, Innovation gezielt finanzieren und Prävention konsequent fördern. Nur dann bleibt Spitzenmedizin für alle bezahlbar – heute, morgen und übermorgen.“

dbb beamtenbund und tarifunion dbb-bundesfrauenkongress BERLIN



Bild oben: DJG Bundesfrauenbeauftragte Bianca Korbanek mit DJG Bundesvorsitzenden Beatrix Schulze. Bild unten: Die Delegierten der DJG vor der Abendveranstaltung des dbb bundesfrauenkongresses.



Neun Frauen der DJG nahmen als Delegation am 13. dbb bundesfrauenkongress 2026 in Berlin teil und brachten sich unter dem Motto „Jetzt oder nie: Frauen. Macht. Demokratie.“ engagiert in die Debatten ein. Acht von ihnen waren stimmberechtigte Delegierte – Bianca Korbanek, Regina Jank, Friederike Kammermeier, Mandy Paulik, Pia Thöne, Sabine Scholtes, Petra Herrguth und Ellen Schmiedgen – ergänzt durch Gastdelegierte Katrin Luther.

Am Freitagvormittag stand die Wahl der neuen Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung auf dem Programm, bei der Milanie Kreutz als Vorsitzende bestätigt und die Spitze für die nächsten fünf Jahre neu aufgestellt wurde. Am Nachmittag diskutierten die Delegierten mit Bundesjustizministerin Stefanie Hubig und Bundesfamilienministerin Karin Prien über Parität als Frage von Macht, Gerechtigkeit und demokratischer Qualität sowie über den Schutz von Frauenrechten gegen antifeministische Rückschritte.

In der öffentlichen Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass es für eine lebendige Demokratie mehr Frauen in Parlamenten, Personalvertretungen und Führungspositionen braucht – ein Anliegen, das die DJG-Frauen mit ihren Erfahrungen aus der Justizpraxis nachdrücklich unterstützten. Der Samstag war geprägt von intensiver inhaltlicher Arbeit: In Abstimmungen über fast 300 Anträge wurden die frauen- und gleichstellungspolitischen Leitlinien des dbb für die kommenden fünf Jahre neu justiert – ein starkes Signal für mehr Gleichstellung, gegen digitale und physische Gewalt sowie für bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege.

Bianca Korbanek
DJG Bundesfrauenbeauftragte

dbb bundesfrauenvertretung SEMINAR

Seite 11

Als stellvertretende Bundesfrauenbeauftragte habe ich in der Zeit vom 16.02. - 18.02.26 am dritten Teil des Mentoringprogramms für Neumitglieder der dbb Bundesfrauenvertretung in Berlin teilgenommen. Das Seminar befasste sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Rhetorik und starker Auftritt – Frauenpower durch mentale Stärke“. Begrüßt wurden wir von Elke Janßen (Beisitzerin der dbb Bundesfrauenvertretung). Nach einer kurzen Vorstellungsrunde übernahm die Kommunikationstrainerin Brigitte Klein die Seminarleitung.

Auch in diesem Seminar-Teil fand von Anfang an ein reger und informationsreicher Austausch zwischen den Teilnehmerinnen der einzelnen Fachgewerkschaften des dbb statt. Mit theoretischem Input und praktischen Übungen in Kleingruppen wurden Themen wie souveräner Auftritt, Souveränität in der Rhetorik und Souveränität in Konfliktsituationen vermittelt und geübt.

Im politischen Teil des Seminars begleitete Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung, die Teilnehmerinnen zum Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie zur Antidiskriminierungsstelle des Bundes, mit welchen die Teilnehmerinnen über Themen wie Führen in Teilzeit und Gleichberechtigung ins Gespräch kamen.

Es war ein sehr arbeits- und gewinnbringendes Seminar, bei dem man mit den Frauenvertretungen der anderen Mitgliedsgewerkschaften und Verbänden in Kontakt kam und so bereits in der Seminarzeit sein Netzwerk erweitern konnte.

Kerstin Linke
Stellvertretende Bundesfrauenbeauftragte





KÖNIGSLUTTER

TAGUNG BUNDESHAUPTVORSTAND

Die Sitzung des DJG-Bundeshauptvorstands am 13. und 14. März 2026 in Königs-Lutter am Elm stand spürbar unter dem Eindruck einer herausfordernden Zeit für den öffentlichen Dienst – und zugleich unter dem entschlossenen Willen, die Stimme der Justizbeschäftigten hörbar zu machen. Zwischen intensiver Sacharbeit, klaren politischen Botschaften und vielen starken Momenten des Miteinanders wurde deutlich: Die DJG ist bereit, sich den aktuellen Angriffen auf Beamtinnen und Beamte ebenso zu stellen wie dem permanenten Druck auf unsere Justiz.

Klare Worte gegen Beamten-Bashing

Nach einer vorbereitenden Sitzung der Bundesleitung und der Beratung des DJG-Bundesvorstands am Freitagmorgen setzte der Bundeshauptvorstand am Nachmittag mit seinen Gästen ein deutliches Zeichen. dbb-Chef Volker Geyer, unten links im Bild, nahm das aktuell in den Medien sichtbare Beamten-Bashing in den Fokus

und kritisierte den respektlosen Umgang mit Staatsdienerinnen und Staatsdienern. Besonders wandte er sich gegen Forderungen, Beamtinnen und Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen – politisch populär, finanziell aber langfristig teurer für den Staat als die bewährte Beamtenversorgung.

Justiz als Säule des Rechtsstaats

MdB Carsten Müller, unten rechts im Bild, stellte die Justiz als tragende Säule des Rechtsstaats heraus und machte deutlich, dass ohne ausreichend Personal, verlässliche Finanzierung und moderne Ausstattung Vertrauen in den Rechtsstaat Schaden nimmt. Im Anschluss nutzten die Delegierten die Gelegenheit zum direkten Austausch mit beiden Gästen, um Anliegen aus der Praxis klar zu adressieren und die Belastungen in den Geschäftsstellen und Serviceeinheiten greifbar zu machen.

Seite 12



Volker Geyer
(dbb Bundesvorsitzender)



MdB Carsten Müller
(Amtierender Vorsitzender
des Ausschusses für Recht
und Verbraucherschutz
seit 2025)

Berichte, Tarifrunden und berufliche Perspektiven

Die Bundesvorsitzenden Beatrix Schulze und Klaus Plattes zogen in ihrem Tätigkeitsbericht von 2023 bis heute Bilanz über intensive Jahre zwischen Tarifrunden, Strukturveränderungen und dem ständigen Ringen um bessere Arbeitsbedingungen in der Justiz. Spürbar wurde, wie viel ehrenamtliche Zeit, Überzeugungsarbeit und Beharrlichkeit nötig waren, um die DJG in politischen Gesprächen, Gremien und Bündnissen sichtbar und wirksam zu halten. Viel Aufwand entstand in zeitlicher und finanzieller Hinsicht für das seitens des BDR Bund der Rechtspfleger angestrebte Schiedsverfahren beim dbb beamtenbund mit dem Vorwurf, die DJG werbe unlauter um Mitglieder im Bereich der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger und untergrabe die Kompetenzen des BDR. Das Schiedsverfahren endete mit einem gut vertretbaren Erfolg für die DJG in dieser Sache.

Stellvertretende Bundesvorsitzende und Leiterin der Bundestarifkommission Karen Altmann reflektierte die TV-L-Runden 2023 und 2025/26 sowie die Neustrukturierung der Entgeltordnung und der Abschlussprüfungen für Justizfachangestellte unter Mitwirkung der DJG. Gerade die Veränderungen bei Ausbildung und Eingruppierung wurden als entscheidend für die Gewinnung und Bindung von Nachwuchs beschrieben – ein Signal an alle, die sich für eine berufliche Zukunft in der Justiz entscheiden.

Gleichstellung, Fachbereiche und Länderperspektiven

Bundesfrauenbeauftragte Bianca Korbanek setzte wichtige Akzente zu Gleichstellung, Vereinbarkeit und der Situation der DJG-Frauen. Ihre Botschaft: Gute Justiz braucht Rahmenbedingungen, die Lebensrealitäten ernst nehmen – von verlässlichen Arbeitszeiten über familienfreundliche Strukturen bis hin zu einem respektvollen Miteinander frei von Diskriminierung.

Aus Fachbereichen und Landesverbänden wurden anschließend Themen wie Digitalisierung, Personalgewinnung und insbesondere die 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte berichtet – ein Feld, das die Länder derzeit sehr unterschiedlich handhaben. Der Bundeshauptvorstand beschloss, hierzu kurzfristig eine Pressemeldung der Bundesleitung auf den Weg zu bringen, um die Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen an eine faire und nachvollziehbare Übertragung unmissverständlich zu formulieren.

Blick auf die Marke DJG

Zum Abschluss präsentierte Klaus Zallmann, zuständig für die Unterstützung der DJG Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine Vorschau auf die Weiterentwicklung der Marke DJG und ihrer Identität – Ergebnis eines Zukunftsworkshops im vergangenen Herbst in Königs-Lutter. Deutlich wurde, wie wichtig ein moderner, klarer Auftritt ist, um die DJG als starke, verlässliche Interessenvertretung sichtbar zu machen – insbesondere für jüngere Beschäftigte, die ihre Gewerkschaft vor allem digital erleben.

Mit vielen Eindrücken und einem gestärkten Gemeinschaftsgefühl traten die Delegierten am Samstagmittag nach einem Fazit und Schlusswort der beiden Bundesvorsitzenden die Heimreise an – im Bewusstsein, dass die DJG gerade jetzt gebraucht wird. Königs-Lutter hat einmal mehr gezeigt, dass dort, wo Austausch, Sacharbeit und Solidarität zusammenkommen, die Energie entsteht, die es braucht, um die Justiz und ihre Beschäftigten in stürmischen Zeiten zu stärken.

Beatrix Schulze
Bundesvorsitzende

Klaus Plattes
Bundesvorsitzender



DJG Bundesleitung mit Volker Geyer (dbb Bundesvorsitzender, 5. v.l.) und MdB Carsten Müller (1. v.r.)

FACHBEREICH MENSCHEN MIT BEHINDERUNG ENGAGIERTER AUSTAUSCH IN KÖNIGSLUTTER – SBV STÄRKT VERNETZUNG UND INKLUSION

Beim Treffen der Schwerbehindertenvertretungen (SBV) in Königslutter begrüßte Heidi Stuffer (Bayern) als Vorsitzende die Anwesenden herzlich. Besonders begrüßt wurde Kerstin Baranski, die als neues Mitglied aus Sachsen-Anhalt erstmals teilnahm. Nach einer Vorstellungsrunde begann der Erfahrungsaustausch mit aktuellen Themen rund um Inklusion und Teilhabe.

Ein Referent vom Integrations- bzw. Inklusionsamt, den Frank Wesche (Niedersachsen) gewinnen konnte, stellte die vielfältigen Fördermöglichkeiten vor – von Zuschüssen zur Arbeitsplatzausstattung über Beschäftigungssicherungszuschüsse bis hin zu Arbeitsassistenzeleistungen. Er betonte die Bedeutung des Integrationsfachdienstes als zentrale Anlaufstelle für die SBV.

Ein wichtiger Punkt war die Barrierefreiheit der E-Akte: Heinz-Peter Engels (Saarland) schilderte eindrucksvoll seine Erfahrungen als blinder Nutzer mit Braillezeile und Sprachausgabe. Er hob die Herausforderungen hervor, insbesondere in e2T, wo fehlende Tastenkombinationen ein effizientes Arbeiten erschweren.

Die Mitglieder des Praxisbeirats GeFa berichteten von der Onlineveranstaltung, in der Fortschritte bei Lernprogrammen und der Implementierung von Sprachsteuerung für eingeschränkte Menschen vorgestellt wurden. Auch die Zusammenarbeit mit Hilfsmittelherstellern wird weiter intensiviert, um Barrieren abzubauen.

Ein weiteres Thema war die Situation rund um Assistenzhunde. Die Zertifizierungsstelle für Assistenzhund-Ausbildungsstätten hat ihre Lizenz zurückgegeben, was zu einem Prüfungsstopp führt. Eine Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung, wird jedoch noch politisch blockiert.

Günter Uhlworm (NRW) informierte zudem über die Möglichkeit theoriereduzierter Ausbildungen für Justizfachangestellte, die Menschen mit Lernbeeinträchtigungen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollen. Hierfür stellte er den Teilnehmern ergänzendes Informationsmaterial bereit.

In den Berichten aus den Ländern tauschten sich die Mitglieder über aktuelle Entwicklungen aus. Günter Uhlworm erläuterte, dass in Nordrhein-Westfalen schwerbehinderte Menschen künftig generell von Krankheits-, Urlaubs- und Abwesenheitsvertretungen freigestellt werden können – unabhängig vom Lebensalter.

Zudem wurde eine neue Broschüre zur Nachwuchsgewinnung schwerbehinderter Menschen im Justizdienst vorgestellt. Die Teilnehmenden profitierten durch die Berichte insofern, dass sie hierdurch Impulse bekamen, um Verbesserungen in den jeweiligen eigenen Bundesländern herbeizuführen.

Am zweiten Abend organisierte Frank Wesche eine Besichtigung des Doms zu Königslutter. Ein sachkundiger Führer vermittelte den Teilnehmenden dabei eine eindrucksvolle Führung, bei der Geschichte, Architektur und Atmosphäre des Doms gleichermaßen beeindruckten.

Heidi Stuffer
Fachbereichsleiterin Menschen mit Behinderung



V.l.n.r.: Thomas Juhre, Günter Uhlworm, Kay Wollesen, Ines Kunze, Dirk Bakanowitz, Nadine Kairat, Heidi Stuffer, Hab-Peter Engels, Christoph Vollert, Karin Baranski, Uwe Dederichs, Frank Wesche

IMPRESSUM

DJG notizen Nr. 01-2026
Mitgliederinformation
Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Bundesverband (DJG)

V.i.S.d.P.:
Beatrix Schulze und
Klaus Plattes
(Bundesvorsitzende)

Redaktionsschluss 02-2026
16. Juni 2026

Redaktion und Fotos:

Klaus Zallmann
DJG-Mitglieder sowie
namentlich gekennzeichnete
Berichte und der Redaktion
eingereichte Bilder

Layout:
Klaus Zallmann, 2mal6 GmbH

**STARK, WENN'S
DRAUF ANKOMMT**

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

**Beste Leistungen
erlebst du, weil
wir mit ganzem
Herzen für
dich da sind.**

Als Marktführer mit 120 Jahren Erfahrung sind wir an deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation. Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.

Handelsblatt

BESTE
Kranken-
versicherer

1. Platz

2025

Debeka

Im Vergleich:
30 Krankenversicherer
ServiceValue GmbH
17.07.2025

Mehr Infos?
Hier scannen!



Debeka

Das Füreinander zählt.

Klausurtagung 2026

Mit frischem Elan und inspiriert von der erfolgreichen Klausurtagung 2025, nahmen wir am 30. Januar 2026 erneut den Faden auf und initiierten einen lebendigen und konstruktiven Denkkreis. Im Hinblick auf die bevorstehenden Personalratswahlen im Mai 2026 standen zahlreiche spannende Themen auf der Agenda. Es wurden Aufgaben definiert, Aktionen ausgearbeitet und klare Ziele gesetzt. Die DJG Brandenburg strebt auch in diesem Jahr danach, als starker Partner in den verschiedenen Personalräten präsent zu sein - um mit voller Kraft für die Interessen unserer Mitglieder einzutreten.

Ein weiteres Highlight der Klausurtagung war die detaillierte Planung und Organisation unseres diesjährigen Gewerkschaftstags im Oktober 2026. Als zentrales Organ der Gewerkschaft legen wir großen Wert darauf, alle relevanten Themen und Besonderheiten transparent zu kommunizieren und die Wahl des neuen Vorstandes optimal vorzubereiten.

Zum Schluss widmeten wir uns noch der Planung eines besonderen Ausflugs für unsere Justizanwörter/innen mit dem Höhepunkt eines geplanten Besuchs in einer Justizvollzugsanstalt - ein spannender Einblick in die Praxis für alle Beteiligten.

Anika Lenz
Jugendvertreterin

Deutsche Justiz-Gewerkschaft Brandenburg



V.l.n.r.: Anika Lenz, Katrin Luther, Annett Zielonka, Thomas Jure, Patricia Schreier, Renate Schneider, Petra Schmidt, Martin Franke, Katrin Müller

Seite 16



Aktive Mittagspause 03.02.2026

Wir sind Justiz" - dieses klare Motto prägte die aktive Mittagspause am 03.02.26 vor dem Justizzentrum in Potsdam. Inmitten der zähen Tarifverhandlungen luden wir die Beschäftigten ein, ihre Mittagspause bei eisigen Temperaturen an der frischen Luft zu verbringen - ein kraftvolles Signal an die Arbeitgeberseite, dass wir nicht länger tatenlos zusehen werden. Für die nötige Stärkung sorgten wir mit warmen Bockwürsten, denn eines ist klar:

UNS sind die Kolleginnen und Kollegen sowie die aktuellen Arbeitsbedingungen alles andere als egal.

Wir bedanken uns herzlichst bei allen Teilnehmenden, insbesondere auch beim Präsidenten des Landgerichts Potsdam, Dr. Matthiessen.

Anika Lenz
Jugendvertreterin Deutsche Justiz-Gewerkschaft Brandenburg

Gemeinsames Treffen der AG Justiz mit dem Ministerium der Justiz (MJ) am 21.01. und 22.01.26 in Hildesheim

Nach dem großen Erfolg im letzten Jahr hat auch dieses Jahr wieder ein Treffen der AG Justiz (Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Justizfachverbände) mit dem Niedersächsischen Justizministerium am 21.01. + 22.01. in Hildesheim stattgefunden. Die DJG wurde bei diesem Arbeitstreffen von der Landesvorsitzenden Bianca Korbaneck, dem Landesvorsitzenden Torsten Lieberam sowie den stellvertretenden Landesvorsitzenden Maike Preuss und Franziska Fandrich vertreten.

Neben den anderen in der AG Justiz vertretenen Gewerkschaften und Verbänden waren für das Justizministerium die Ministerin Frau Dr. Wahlmann, der Staatssekretär Herr Dr. Smollich sowie Herr Dr. Henjes, Frau Dr. Morgenstern, Frau Dr. Springer und Herr Leitsch anwesend.

Es waren zwei intensive Besprechungstage, an denen unter anderem die von der DJG angemeldeten Themen „Ausschöpfung Stellenobergrenzen“ sowie „Praxisaufstieg für Tarifbeschäftigte und Beamte“ ausführlich erörtert wurden. Auch abseits des offiziellen Teils konnten noch weitere Forderungen der DJG besprochen werden. Hier wurden zum Beispiel noch die Vergütung der Angestellten im Wachtmeisterdienst, die hohe Belastung in den Gerichten in allen Diensten, Homeoffice-Möglichkeiten und die Schaffung einer zentralen Ausbildungsstätte besprochen. Auch von anderen Verbänden angemeldete Themen, wie zum Beispiel das Thema „Wertschätzung“ sowie die Ausbildung im Wachtmeisterdienst wurden von der DJG unterstützt. Die DJG Niedersachsen hält dieses Format für äußerst gewinnbringend und freut sich auf den Austausch im nächsten Jahr.

Bianca Korbaneck & Torsten Lieberam
DJG Niedersachsen



Bilder oben: Die Landesvorsitzenden der DJG Niedersachsen, Bianca Korbaneck und Thomas Lieberam mit Franziska Fandrich (links) und Maike Preuss (rechts)

Bild unten:
Die AG Justiz Niedersachsen, in der Bildmitte Ministerin Dr. Kathrin Wahlmann



Die aktuelle Ausgabe der „akzente“ des DJG-Landesverbands NRW zeigt zentrale Herausforderungen im Justizdienst – von Digitalisierung und Nachwuchsarbeit bis hin zur gesundheitlichen Lage der Beschäftigten. Im Mittelpunkt steht ein Interview zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, das zeigt, wie Justizverwaltungen Verantwortung für pflegende Angehörige übernehmen können.

Elisabeth Meyer-Dietz, Koordinatorin des Betrieblichen Gesundheitsmanagements am OLG Köln, beschreibt, wie stark Pflege an Bedeutung gewinnt und wie sehr Beschäftigte unter der Doppelbelastung aus Beruf und umfangreicher Angehörigenpflege leiden. Pflege wird als Thema der Mitte der Belegschaften sichtbar, das psychisch belastet und häufig zu eigener Erkrankung der Pflegenden führt. Am OLG Köln wurden deshalb konkrete Angebote etabliert: moderierte Angehörigengruppen während der Arbeitszeit, qualifizierte Pflege-Guides, ein praxisnaher Ratgeber sowie Gesundheitscoachings und Resilienz-Workshops. Diese Strukturen helfen Beschäftigten, sich im Pflegesystem zu orientieren, mit schwierigen Situationen wie Demenz umzugehen und langfristig ihre eigene Gesundheit im Blick zu behalten. Die Unterzeichnung der Landes-Charta zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege durch Justizminister und OLG-Leitung setzt ein deutliches Signal, dass Pflege kein Privatproblem, sondern Teil moderner Personalpolitik ist – ausgezeichnet als übertragbares Best-Practice-Modell.

Weitere Themen: Weitere Beiträge der Ausgabe zeigen, wie der IT-Support mit BIT, Betreuungsbezirken und Verfahrenspflegestellen den digitalen Arbeitsplatz in der Justiz für zehntausende Beschäftigte zuverlässig absichert. Zugleich wird mit eigenen Ausbildungswegen für IT-Fachkräfte deutlich, dass Justiz zunehmend auf professionelle digitale Strukturen und qualifizierten Nachwuchs angewiesen ist.

Mit Blick auf die bevorstehende Weltmeisterschaft hat die DJG NRW ein Kicktipp-Gewinnspiel ins Leben gerufen – und passend dazu zwei neue Erdmännchen-Motive von Justus und Justine illustrieren lassen.



Die beiden Sympathieträger der DJG NRW sollen im neuen sportlichen Look nicht nur für die anstehende WM-Tippgemeinschaft werben, sondern auch in Zukunft bei Sportfesten den Nachwuchs für die Mitarbeit im Landesverband begeistern.



V.l.n.r.: Frank Schwabe, Abgeordneter der SPD im Deutschen Bundestag, Karen Altmann, Klaus Plattes und Volker Fritz (DJG NRW)

Dialog mit MdB Frank Schwabe (SPD)

Das Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär für Justiz und Verbraucherschutz Frank Schwabe fand im Stadtteilbüro in seinem Wahlkreis Castrop-Rauxel statt. Die Teilnehmer der DJG berichteten über die angespannte personelle Lage und die damit verbundenen hohen Belastungen im Justizbereich in den Ländern. Die Einführung der E-Akte zum Stichtag 01.01.2026 verläuft in den Ländern unterschiedlich. In den Ländern, in denen der elektronische Rechtsverkehr beziehungsweise die E-Akte bereits eingeführt ist, wird sie von der Belegschaft weitgehend akzeptiert. Trotzdem führen anhaltende Performance-Probleme zu Unzufriedenheit. Eine Verbesserung der bestehenden IT-Systeme ist dringend nötig.

Der schwierige Bereich der Nachwuchsgewinnung wurde ebenfalls besprochen. Die Teilnehmer der DJG machten deutlich, dass es nur gelingt, genug junge Menschen für eine Ausbildung bei der Justiz zu gewinnen, wenn auch die Rahmenbedingungen stimmen. Diese sind in den Ländern unterschiedlich zu bewerten. Ein Thema dabei ist auch die unterschiedliche Besoldungsstruktur in den Ländern.

Der Landes- und Bundesvorsitzende Klaus Plattes sprach aktiv den aktuell gescheiterten Pakt für den Rechtsstaat an. Bund und Länder konnten sich nicht auf die Ausgestaltung, Verteilung und Mitfinanzierung der Mittel für zusätzliche Stellen und Digitalisierungsprojekte einigen. Für die Länder bedeutet das zunächst Verzögerungen bei geplanten Einstellungen und Investitionen. Frank Schwabe teilte diese Einschätzung und äußerte zudem seine Besorgnis, dass Gelder aus dem Pakt an den Bund zurückfließen könnten.

Seitens der DJG nahmen von der Bundesleitung Klaus Plattes und Karen Altmann sowie Volker Fritz vom Landesvorstand NRW an dem konstruktiven Gespräch teil.

Klaus Plattes
Bundesvorsitzender DJG

Nachruf für Thomas Rudy

Mit großer Bestürzung haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass unser hochgeschätzter Kollege Thomas Rudy nach kurzer schwerer Krankheit am 13. Dezember 2025 von uns gegangen ist.

Thomas hat im Jahr 1976 seinen Dienst als Justizverwaltungslehrling in der saarländischen Justiz angetreten. Nach Abschluss der Lehre hat Thomas zunächst als Justizangestellter beim Amtsgericht Saarbrücken gearbeitet, bis er im Anschluss seinen Wehrdienst verrichtet hat.

In den Jahren 1981 und 1982 hat er den Vorbereitungsdienst für den mittleren Justizdienst absolviert. Nach der Ausbildung war er zunächst beim Amtsgericht Saarbrücken beschäftigt, bis zu seiner Versetzung an sein „Heimatgericht“ – Amtsgericht Lebach. In Lebach hat Thomas vorrangig Grundbuchsachen bearbeitet, hat sich aber dort bereits nach Einführung der EDV eigeninitiativ um die Einführung und Fortentwicklung der Fachverfahren bemüht. Mit Zentralisierung der Grundbuchämter bei den jeweiligen Amtsgerichten zum Saarländischen Grundbuchamt im Jahr 2000 ist Thomas dann wieder zum Amtsgericht Saarbrücken zurückgekehrt. Hier war er neben seiner Geschäftsstellentätigkeit u.a. für den Aufbau des Grundbuchamts selbst und für die Umstellung der manuell geführten Grundbücher in die elektronische Form zuständig.

Schnell hat er sich umfangreiches Wissen im IT-Bereich angeeignet und ist dann im Jahr 2003 in die Verwaltungsabteilung des Amtsgerichts Saarbrücken gewechselt, wo er über fast 20 Jahre allein für alle gerichtsinternen IT-Angelegenheiten zuständig war. In der Zwischenzeit folgte eine Abordnung an das Ministerium der Justiz. Während dieser Zeit war er saarlandweit u.a. für die erfolgreiche Einführung von EUREKA zuständig.

Mit Ablauf des Februar 2025 ist er mit Vollendung seines 65. Lebensjahres in den wohlverdienten Ruhestand getreten.

In die DJG ist Thomas 1. Februar 1981 eingetreten. Schon gleich nach seinem Eintritt hat er sich im Landesvorstand eingebracht, eine Zeit lang durfte er sich dann Landesjugendleiter der damaligen djj (Deutsche Justiz-Jugend; unsere heutige junge DJG) nennen, danach war er als Beisitzer im Vorstand weiter aktiv. Im Jahr 2007 schließlich übernahm er das Amt des Schatzmeisters in der DJG Saar, das er bis zur letzten Jahreshauptversammlung am 28.11.2025 innehatte. Während dieser Amtszeit hat Thomas nicht nur die Kasse jederzeit vorbildlich und beanstandungslos geführt. Er hat auch den Wechsel zu unserem Kooperationspartner BBBank vollzogen, die damalige Umstellung auf SEPA-Lastschriftverfahren gemeistert und vor allem eigenständig eine Mitgliederdatenbank auf Excel-Basis erstellt, auf deren Grundlage wir heute noch die Mitgliederdaten verwalten. Viele ehrenamtliche Stunden hat Thomas für die DJG geopfert. Als



Seite 19

Delegierter des Landes hat er daneben auch an einigen Sitzungen auf Bundesebene teilgenommen. Während der letzten Legislaturperiode war er daneben stellvertretender Bundeskassenprüfer. Auch dass unsere traditionellen Sommer- und Grillfeste an der idyllischen Weiheranlage in Niedersaubach stattfinden konnten, haben wir Thomas als Mitglied des dortigen Angelvereins zu verdanken.

Am 28.11.2025 ist Thomas auf eigenen Wunsch als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Selbstverständlich hat ihn die Versammlung auf Vorschlag des Landesvorstandes als Dank für seine besonderen Verdienste an diesem Tag auch zum Landesehrenmitglied gewählt. Erst zwei Wochen vor dieser Versammlung hat Thomas von seiner schweren Erkrankung erfahren, die dermaßen schnell fortgeschritten ist, dass er sein Ehrungspräsent leider schon nicht mehr persönlich in Empfang nehmen durfte. Mit großer Dankbarkeit hat er die Ehrung, die ich ihm im Krankenhaus telefonisch übermitteln durfte, angenommen.

Neben seiner aktiven Tätigkeit für die DJG Saar hat er sich auch als Mitglied des örtlichen Personalrats beim Amtsgericht Saarbrücken und des Hauptpersonalrats beim Ministerium der Justiz immer für die Belange der Kolleginnen und Kollegen in der saarländischen Justiz eingesetzt. Auch unbequemen Diskussionen und Auseinandersetzungen ist er nie ausgewichen, hat aber seine Standpunkte stets sachlich und zielgerichtet vorgetragen.

Mit Thomas haben wir nicht nur einen hochgeschätzten und aktiven Kollegen verloren, sondern auch einen Freund, mit dem man „Pferde stehlen konnte“.

Thomas, Du wirst uns fehlen!

Die DJG Saar wird Thomas immer in bester Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Einkommensschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

www.nuernberger.de

Seite 20

Termine 2026

16.04. - 18.04.26	Bundesjugendtag	Koblenz
27.04. - 30.04.26	FB Menschen mit Behinderung	Königslutter
04.05. - 07.05.26	FB Senioren	Saarbrücken
16.06.26	Redaktionsschluss Notizen	Ausgabe 2
02.07. - 04.07.26	FB Mittlerer Dienst	Brandenburg
06.07. - 08.07.26	FB Justizwachmeisterdienst	Eisenach
10.09. - 11.09.26	Spätsommerfest DJG	Berlin NEU
15.09.26	Redaktionsschluss Notizen	Ausgabe 3
17.09. - 19.09.26	Bundestarifkommission	Bad Vilbel
24.09. - 26.09.26	FB Rechtspfleger	Bad Salzschlirf
18.11. - 19.11.26	JuMiKo Demonstration	Hamburg NEU
03.12.26	Redaktionsschluss Notizen	Ausgabe 4



DJG.DE